



# MACHT FRIEDEN.

## *Zivile Lösungen für Syrien*

Redebeitrag von Jens-Peter Steffn (IPPNW) für die Aktion „Macht Frieden – Zivile Lösungen für Syrien“, am 8. Oktober 2018 in Berlin

*- Es gilt das gesprochene Wort -*

Liebe Freundinnen und Freunde,

wir stehen hier, um der anstehenden Mandatsverlängerung durch den Deutschen Bundestag für den Bundeswehreinsatz in Syrien und im Irak zu widersprechen und vehement zivile Lösungen für diese Länder zu fordern.

Nach wie vor fehlt uns aus der Friedensbewegung - wie uns die Kampagne „Macht Frieden. Zivile Lösungen für Syrien“ immer wieder vor Augen führt – eine Erkenntnis: Die Einsicht, dass militärische Interventionen im Eigeninteresse und mit dem Ziel der Herstellung genehmer Staatsformen und Repräsentationen in den Ländern dieser Welt weder den Terrorismus ausrotten noch den Menschen Frieden und Entwicklung bringen können.

Die momentane politische Lage im Irak einzuschätzen ist knifflig. Die Positionen des Präsidenten, des Premierministers, des Parlamentspräsidenten und weitere sind viele Monate nach der Wahl nach dem Schlüssel religiös-ethnischer Zugehörigkeit besetzt worden: Der erste ein Kurde, der Zweite ein Schiit und schließlich ein Sunnit. Und ob eine solche Personalfindung nicht an sich schon schwierig genug wäre, mischen sich die Interessen der USA, des Iran und nicht zuletzt Israels hinein. Denn der USA-Iran-Konflikt wird auch im Irak ausgetragen. Soll konkret heißen: Wird sich der Irak den amerikanischen Sanktionen gegen den Iran anschließen? Liefert der Iran weiterhin Waffen an schiitische Milizen? Denn Liebermann, der israelische

Außenminister kündigt an, dass sein Land jede iranische Bedrohung in jedem Land „bewältigen“ werde. Und von der Seite schaut Russland zu, ob die Entwicklung erlaubt, seine Interessensposition in der Region zu festigen.

Dass eine solche Gemengelage den Menschen im Irak bald die herbeigesehnte Entwicklung zu Frieden und erneuter wirtschaftlicher Prosperität bringen wird, mag ich nicht glauben.

Deswegen bleiben friedenspolitische Forderungen erhalten von denen ich besonders drängende nennen will:

- Die Bundeswehr muss aus der Region zurückgeholt werden, also ihr Mandat: Beendigung des Mandates
- deutsche Rüstungsexporte in die Region müssen zügig beendet werden
- Deutschland muss - wie auch die anderen Kriegsnationen - erhebliche Aufbau- und Entwicklungsmittel bereitstellen
- Deutschland sollte vorangehen mit einer umfassenden Förderung ziviler Konfliktbearbeitung für die zentralen Themen wie die nationale Aussöhnung und die Überwindung der sozialen und religiös-ethnischen Spaltungen.

Doch was will die Bundesregierung stattdessen im Irak machen?

Von den 800 möglichen sind derzeit knapp 300 deutsche Soldaten auf dem jordanischen Stützpunkt Al-Asrak stationiert. Deutsche Tornados-Kampffjets liefern von dort für die Anti-IS-Koalition Aufklärungsergebnisse aus Syrien und dem Irak und betanken die Kampffjets der Alliierten in der Luft. Im Irak selbst hat die Bundeswehr rund 125 Soldaten stationiert, die in der Nähe von Bagdad und im Norden des Landes Soldaten ausbilden.

Das Kabinett der großen Koalition hat beschlossen, dass die Bundeswehr als Teil der Anti-IS-Koalition ihren Kampfauftrag für ein weiteres Jahr fortsetzt und das Land „umfassend“, wie sie es nennen, stabilisieren soll. Denn, so zitiere ich die BR: „Die Bundesregierung verfolgt auch weiterhin einen umfassenden und vernetzten Ansatz, bei dem sie ihre außen-, entwicklungs-, sicherheits- und außenwirtschaftspolitischen Instrumente eng aufeinander abstimmt.“

Also auch für den Irak gilt CIMIC, das Modell der Zivil-militärischen Zusammenarbeit, das die Friedensbewegung wie auch wichtige Entwicklungsorganisationen grundsätzlich kritisieren. Denn zivile Helfer werden durch die Zusammenarbeit mit dem Militär erheblichen Risiken ausgesetzt: Sie verlieren in den Augen der

Zivilbevölkerung und der Kombattanten ihren neutralen Status und ihre Forderung nach Gewaltfreiheit wirkt mit Militär im Rücken unglaublich.

Wenn laut Agenturmeldungen der Kampfauftrag mit Fliegen und Betanken in einem Jahr beendet wird, wird der IS im Irak sicherlich nicht endgültig überwunden sein. Erheblicher militärischer Druck drängt ihn zwar zurück. Aber das veranlasst ihn gegenwärtig, auf andere Taktiken zurückzugreifen.

Deswegen soll die Bundeswehr Führungskräfte der irakischen Armee ausbilden – bislang wurden vor allem kurdische Peschmerga-Kämpfer geschult. Dieses „Capacity Building“ soll zukünftig Schwerpunkt des deutschen Beitrages im Irak werden. Dabei beruft sich die Regierung auf die Bitte und das Einverständnis der irakischen Regierung.

Abschließend muss ich sagen und das ist leider nicht neu: Die gesamte Region brennt. Deutschlands militärischer Beitrag und die Rüstungsexporte in die Region bedeuten immer wieder Öl in diesen Brand zu gießen.

Deswegen appellieren wir an die deutschen Bundestagsabgeordneten:

Stimmen Sie gegen die Mandatsverlängerung des Anti-IS-Einsatzes, fordern Sie stattdessen von der BR ein umfassendes ziviles Befriedungs- und Aufbaukonzept für den Irak, eingebunden in zivile Perspektiven für die Großregion.

Wir, die Friedensbewegung, fordern das aus Sorge für die seit Jahren leidende Zivilbevölkerung, die ihr Recht auf Frieden und ein Leben in Sicherheit zurückerhalten müssen. Und ein befriedeter Irak, ein befriedetes Syrien, eine an ihren Konflikten mit zivilen Mitteln arbeitende Region wird auch wieder Heimat für all jene Menschen, die sie wegen des Krieges verlassen mussten.

Danke, dass Ihr Euch dafür einsetzt!

Jens-Peter Steffen arbeitet für die IPPNW.